

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 80 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,60 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Post- und Veranlagungsbeiträge fallen pro Zeile 20 Pf. — Werbebeiträge werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: H. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Bismarckstraße 38-42, Telefon-Nr. 98 u. 80, Telegr.-Adr.: Altkreuz Bochum.

Bergarbeiterangelegenheiten vor dem Landtag.

Im Verlaufe der mehrtägigen Debatten im preussischen Landtag über Ernährungsfragen, Industrie, Handel, Geldverkehr und Handwerk nahm unser Kamerad H. u. e. zweimal das Wort, um die strittigen Angelegenheiten vom Standpunkte eines Gewerkschaftlers und sozialistischen Volkswirtschaftlers zu beleuchten. Die wichtigsten Teile der (zweiten) Rede unseres Kameraden betreffend die absolut notwendigen internationalen Beziehungen zwischen den Völkern gebeten wir in nächster Nummer zu veröffentlichen. Jetzt möchten wir aus der ersten Rede, gehalten am 18. Febr., die Stellen nach dem amtlichen stenographischen Abdruck bringen, welche sich speziell mit Bergarbeiterangelegenheiten und gewerkschaftlichen Organisationsfragen befassen. Am Ende will Kamerad H. u. e. die Lohnfragen usw. bei der Beratung des Berggesetzes erörtern. In seiner Rede über die Lage in der Industrie führte er aus:

„... Es zeigte sich im weiteren Verlaufe des Krieges, daß wir in der Tat

das „Volk der Organisation“

sind, im weitesten Sinne genommen, und ich möchte auch das unterstreichen, was der Herr Reichstagsrat, Herr Abgeordneter Dietrich, von dem „Zauberwort Organisation“ gesprochen hat, möchte es aber auch in Anspruch nehmen für die Organisation der Arbeiter. Auch die Organisation der Arbeiter hat sich bewährt. Jeder Arbeiter, der denksfähig ist und weiß, was er sich und seiner Klasse, seinem Berufsstande schuldig ist, sollte das Wort „Organisation“ nicht nur im Munde führen, sondern sich mit feinsten Gefühlen in beruflichen Vereinigungen zusammenschließen. Gätten wir die Organisation der Arbeiter in dem von uns gewünschten Umfang beim Ausbruch des Krieges ausgeführt gehabt, hätten wir nicht etwa 30 bis 40 Prozent in allen Organisationen, sondern hätten wir 80 bis 90 Prozent der männlichen und weiblichen Arbeiter organisiert gehabt, dann hätte sich die Umorganisation unserer gewerblichen Verhältnisse noch viel leichter vollziehen lassen, als es jetzt, wie Sie auch wissen, mit Hilfe der Gewerkschaften, geschehen ist. Sie wissen, daß von Seiten des Reiches eine Reichszentrale für den Arbeitsnachweis geschaffen worden ist; Sie wissen ferner, daß diese Reichszentrale mit Hilfe der Arbeiterorganisationen, der Unternehmerorganisationen, der Handwerkerorganisationen sich um die Zurechtweisung der Arbeitskräfte so an die Landwirtschaft, an die gewerblichen Industrien usw. — ganz besonders verdient gemacht hat, und ich unterstreiche nochmals: will man das „Zauberwort Organisation“ in vollem Umfange gelten lassen, dann darf man nicht feingebildet, engstirnig sein, sondern muß dann auch sagen, es wäre wünschenswert gewesen, wenn das „Zauberwort Organisation“ von der übergroßen Mehrheit der Arbeiter, der Arbeiterinnen und Angehörigen, alle Mittel, die dazu dienen sollten und jeder zum Teil auch dazu gebietet haben, die Organisation der Arbeiter, Arbeiterinnen und Angehörigen zu hindern und zu hemmen, haben sich durch die Kriegsverfahren als zweifellos gemeinschaftlich herausgestellt.

An eine Kohlen- und an eine Eisen- oder Stahlindustrie

ist in Deutschland nicht zu denken. Es kann infolgedessen keiner der gegen uns im Kriege befindlichen Staaten darauf hoffen, daß wir etwa aus Mangel an diesen Rohstoffen nicht mehr wehrfähig sein würden. Bei einer Förderung von Steinkohlen und Braunkohlen von 1915 zusammen 235 Millionen Tonnen besitzen wir noch einen so erheblichen Vorrat an Brennstoffen, daß wir davon in das verbündete und neutrale Ausland abgeben können. In der Braunkohlenindustrie ist die Förderung verhältnismäßig außerordentlich erhöht worden (Waggonbetriebe) im Jahre 1915 sogar noch um eine Million Tonnen höher gewesen als im Jahre 1913, also vor dem Kriege, das schon eine Mehrförderung aufwies. Nun darf man auch nicht vergessen, daß wir vor dem Kriege circa 30 Prozent unserer Kohlenförderung ausführen. Deswegen sieht auch Österreich, unser Bundesgenosse, in bezug auf die Versorgung mit mineralischen Rohstoffen sehr glänzend da. Hatte es doch im vergangenen Jahre über 88 Millionen Tonnen Steinkohlen- und Braunkohlenförderung; reichlich für seinen Bedarf, da ja auch Österreich sonst einen sehr erheblichen Teil seiner Braunkohlen, die sich bekanntlich an Heizwert der Steinkohle sehr nähern, ausgeführt hat.

Die Einberufung großer Massen Arbeiter und Angestellter, ferner die

Umorganisation unserer gewerblichen Verhältnisse,

namentlich in der Holzindustrie, die auf Heereslieferungen eingestellt wurde, hat natürlich im allgemeinen bewirkt ein Nachlassen der Arbeitsleistung, ein starkes Herabgehen des Angebots von Arbeitern, so daß, wie wir in manchen Industrien, so im Bergbau und in der Hüttenindustrie, keinen Arbeiterüberfluß, sondern jetzt einen starken Arbeitermangel haben. Es ist aber auch erfreulich, festzustellen, daß unsere Industrie sich in erhöhtem Maße wieder der Herstellung von Friedensmaterial zuwenden kann. Ich erinnere da zum Beispiel an die sehr notwendige Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen. Es ist deswegen notwendig, daß wir im Interesse unserer gewerblichen Entwicklung die Heeresverwaltung ersuchen müssen, so viel es möglich ist, von der weiteren Eingliederung von Arbeitern Abstand zu nehmen.

Damit käme ich mit einigen Worten auf

die Lohnfrage im Allgemeinen.

Im Besonderen gehe ich sie beim Berggesetz zu besprechen. Herr Abgeordneter v. Cassell meinte, er wolle nicht entscheiden, ob es richtig sei, daß, obgleich die Lebensmittelpreise so hoch seien, die tatsächlich vorgekommenen Lohnrückführungen nicht als Ausgleich gelten könnten, und glaubt, darüber nicht reden zu sollen. Ich kann diese Resignation nicht üben. Ich muß schon sagen, daß zweifellos ein Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen, namentlich diejenigen, die in den großen mit Heereslieferungen betrauten Betrieben beschäftigt sind, Löhne erhält, die man als angemessen den jetzigen Lebensmittelpreisen bezeichnen kann. Da werde mich hüten, das Gegenteil zu sagen. Ich weiß, daß das, was ich eben gesagt habe, auch von den Arbeitern anerkannt wird. Aber es handelt sich auch selbst in diesen Industrien nur um einen Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen, keineswegs um die große Masse. Da muß schon gesagt werden, meine Herren — und ich kann mich dabei auf Zustimmung der Arbeiter aus der Industriepresse berufen —, daß die Lohnrückführungen, nimmt man sie summa summarum, einen Ausgleich für die Verteuerung der Lebenshaltung nicht geschaffen haben. Ich gehe weiter und sage, wenn es nicht möglich wäre, die Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel namhaft herunterzusetzen, dann wäre ich wirklich nicht, was anders zu fordern wäre, als eine entsprechende Erhöhung der Löhne. Es wird dies eine starke Verteuerung der Produktionskosten geben, und es ist sehr fraglich, ob es die meisten Industrien leisten können. Ich rechne mit harten Tatsachen, so sachlich wie nur menschlich möglich. Wir stehen da vor einem Dilemma: entweder — oder! Entweder müssen Sie dafür sorgen,

daß niedrigere Lebensmittelpreise, oder daß höhere Löhne eingeführt werden; ein Drittes gibt es nicht.

Ich will nicht vergessen, auch darauf hinzuweisen, daß sich ein großer Teil der

Lohnrückführungen aus Ueberschichten, aus Ueberzeitarbeit her schreibt, die, wie wir das schon in der Kommission dargelegt haben, zu einem nicht geringen Teile schon über die Kräfte der Arbeiter und Arbeiterinnen hinausgeht. Wir sind ja eben darauf bedacht, die Leistungsfähigkeit unserer Industrie zu sichern, und darum muß ich schon aus meiner, ich darf wohl sagen, ziemlich genauen Kenntnis der Praxis in der Montanindustrie, die Herren von der Regierung und die Herren, die den Werksverwaltungen nahesteht, dringend bitten, sich nun die Frage vorzulegen, ob nicht im Interesse der Aufrechterhaltung der Produktion es richtiger wäre, die Zahl der Ueberstunden zu beschränken, um nicht Gefahr zu laufen, daß die Arbeiter so erschöpft werden, daß am Ende die Produktion nicht mehr vollbracht werden kann.

In diesem Zusammenhange möchte ich auch sagen, daß leider jetzt schon immer häufiger Klagen über schlechtere

Entlohnung von kriegsbeschädigten Arbeitern

kommen. Ich meine, das ist doch wohl nicht der Sinn der Neben- und der Erklärungen, die wir nun während des Krieges so oft gehört und denen wir auch zugestimmt haben — weil in ihnen ein guter, idealer Kern ist — nämlich, daß man die Dankbarkeit gegenüber unseren tapferen Soldaten auch durch die Tat beweisen soll. Ich glaube, man kann durch die Tat den Soldaten, die kriegsbeschädigt zurückkommen und wieder an ihre Arbeit gehen, die Dankbarkeit am besten beweisen, wenn man ihre Lebenslage so gestaltet, daß sie so sorgenfrei wie früher mindestens durchs Leben gehen zu können. Ich möchte dringend bitten, die Verschlechterung der Löhne und Gehälter für kriegsbeschädigte nicht zum Sitten zu machen.

Weiter ist sehr zu bemängeln, daß in gewissen Industriefreisen — ich kann nicht sagen, daß das bei uns im Westen jetzt besonders hervorgetreten sei — schon so verfahren wird, daß man die kriegsbeschädigten Arbeiter nötigt, und zwar mit einem mehr oder weniger sanften Druck nötigt,

sich von der Krankenversicherungspflicht entbinden

zu lassen! Sie wissen, meine Herren, daß das möglich ist auf Grund einer sehr ominösen Bestimmung der Reichsversicherungsordnung, die ich 1911 im Reichstage sehr scharf bekämpft habe, aber leider vergeblich. Da muß ich nun zu meiner Freude konstatieren, daß in diesem Betraute die Staatsregierung eingeschritten ist, daß der Herr Minister für Handel und Gewerbe in einem Erlaß vom 11. Dezember 1915 ausdrücklich erklärt:

„Wie mir berichtet wird, ist in den letzten Monaten häufiger beobachtet worden, daß aus dem Militärdienst mit oder ohne Verwundung entlassene Mannschaften, insbesondere kriegsbeschädigte, in industriellen Betrieben nur dann Arbeit erhalten, wenn sie sich auf Grund des § 173 der Reichsversicherungsordnung von der Versicherungspflicht befreien lassen. Ein solches Verfahren, das große Härten herbeiführen muß und schärf zu mißbilligen ist, widerspricht den Vorschriften des § 173 a. a. O., wonach auf Antrag lediglich befreit werden kann, wer „auf die Dauer nur zu einem geringen Teil arbeitsfähig ist“. Um solchen Mißbräuchen zu begegnen, ist es erforderlich, daß die Krankenversicherungsanträge nur dann genehmigen, wenn festgestellt worden ist, ob die Antragsteller tatsächlich nur zu einem geringen Teil arbeitsfähig sind und dieser Zustand als dauernd angesehen werden muß. Ich ersuche Sie, die Versicherungsämter zugleich unter Hinweis auf § 173 Abs. 2 a. a. O. anzuhalten, daß sie den Krankenversicherungsanträgen über Befreiungsanträge hiernach zu verfahren.“

Dieser Erlaß ist sehr dankenswert. Hoffentlich findet er strengste Beachtung. Ich will aber im Anschluß daran ein Beispiel dafür anführen, wie rigoros die betreffende Bestimmung schon früher ausgelegt worden ist. Unter meinen Bekannten habe ich solche, die fast seit Beginn des Krieges an der Front sind. Sie hatten die Krankenversicherung aus; immerhin sie hatten sie so gut aus wie die anderen. Diese selben Leute sind aber schon seit Jahren als Knappschaftsmitglieder auf Grund ihres ominösen Paragraphen wegen „dauernder verminderter Arbeitsfähigkeit“ von der Krankenversicherungspflicht entbunden! Sollte man das für möglich halten? Also die volle Arbeitsfähigkeit in dem Betriebe ist nicht da, da mühen sich die Leute von der Krankenversicherungspflicht entbinden lassen, und nun stellt sich heraus, daß diese Leute solche Strapazen ausstehen, daß sie an dem Kriege teilnehmen können! Das ist ein Beweis dafür, daß es die allerhöchste Zeit ist, recht scharf gegen solche Auslegungen der Versicherung Front zu machen.

Meine Herren, ich könnte Sie ja recht lange mit der

Aufzählung von Betriebsüberschüssen

unterhalten; ich will darauf verzichten, da Sie alle ja in den Handelsteilen der Väter diese Dinge verfolgen können. Nur ein paar merkwürdige Beispiele will ich nennen. Ich habe hier eine Aufzählung von zwölf Eisen- und Stahlwerken, die hauptsächlich an Heereslieferungen beteiligt sind. Diese zwölf Werke hatten 1913/14, in dem Jahre vor dem Kriege, einen Rohüberschuß von rund 91 Millionen Mark, 1914/15 aber, im Kriegsjahr, einen Rohüberschuß von 193 Millionen Mark. Meine Herren, das geht doch zu weit. Und wenn man auch sagt: ja, es bleibt ja im Wandel — Gewiß bleibt es „im Wandel“, aber in relativ wenigen Händen. Wenn man diese kolossalen Betriebsgewinne in weiterem Umfange zur Aufbesserung der niedrigen Arbeiterlöhne und Angestelltengehälter benutzte, dann allerdings käme das Geld weit mehr unter die Leute und würde die Lebenshaltung unserer Väter verbessern.

Wohl ich fassen die Dinge in der Kohlenindustrie. Wenn ich Ihnen drei Riffern mitteilen darf, so werden Sie daraus sehen, daß der Herr Minister wohl Ursache hatte, als er sich gegen eine weitere Erhöhung der Kohlenpreise in dem von den Interessenten gewünschten Umfang sträubte, leider zuletzt nach meiner Ansicht nicht scharf genug. Nämlich am 20. März in Ruhe eingeleitete rheinisch-westfälische Bergwerksvereinigungen — es sind immer dieselben zwanzig — hatten im 4. Vierteljahr 1914 einen Rohüberschuß von rund 6 030 000 Mark, im 3. Vierteljahr 1915 einen Rohüberschuß von 11 750 000 Mark, im 4. Vierteljahr 1915, also im letzten Vierteljahr, einen Rohüberschuß von 15 060 000 Mark. Also vom 4. Vierteljahr 1914 bis zum 4. Vierteljahr 1915 ist der Rohüberschuß dieser zwanzig Bergwerks-gewerkschaften von rund 6 Millionen auf 15 Millionen Mark gestiegen. (Abg. Althoff: Wie war er vorher?) — Herr Althoff, den Ginnand werde ich noch berücksichtigen beim Berggesetz. Ich möchte ja nicht, daß die Werke ohne Gewinne sind; ich will nur meinen Standpunkt klarlegen, daß ich eine weitere Erhöhung der Kohlen- und Holzpreise nicht für notwendig halte, daß ich die Möglichkeit von Lohnzulagen für gegeben erachte. Man sollte immer daran denken, daß sich auch die Verteuerung der Kohlen in eine Verteuerung der Lebenshaltung bis in die ärmsten Kreise hinein umsetzt.

Damit aber nicht geglaubt wird, es käme mir nur auf die Industrieherren meiner engeren Heimat an — namentlich Sie, Herr Althoff, wissen ja, daß das nicht der Fall ist — betone ich: besonders scharf

zu überwachen sind nun die Herren von der Braunkohlen- und Brikettindustrie.

Diese haben — man kann das geradezu beispiellos nennen — in dem Kriegsjahre 1915 sogar eine höhere Produktion erzielt als 1913, und zwar mit erheblich billigeren Arbeitskräften, durch Verwendung von großen Baggern in den Tagebauten. Und was müssen wir da erleben? Die brandenburgischen, die niederläufigen Braunkohlen- und Brikettindustrie, die vor dem Kriege Dividenden von 14 bis 28 Prozent jährlich verteilte, brachte es dennoch fertig — auch als sich gezeigt hatte, z. B. aus den Abrechnungen von Lise und Eintracht, daß sie recht gut mit ihrem Gewinn auskommen könnte, daß sie denselben Gewinn verteilen könnte wie vor dem Kriege —, die Brikettpreise weiter zu erhöhen. Und in welchem Umfang! Es ist notwendig, auf diese sonst wenig beachtete Industrie hinzuweisen, weil in viel größerem Umfang, als im Volke geglaubt wird, das Braunkohlenbrikett als Heizbrikett benutzt wird, namentlich in Berlin. Darum bedeutet eine Verteuerung dieses Brennstoffes eine Verteuerung der Lebenshaltung weiter Kreise unseres Volkes.

Hier in Berlin liefen vor dem Kriege, ins Haus gebracht, 100 Stüd Briketts, z. B. Kaiserbriketts, 90—100 Pf., heute werden dafür 130—145 Pf. genommen. Das ist eine Verteuerung bis zu 45 Prozent. Meine Herren, stellen Sie sich mal vor, was das bedeutet bei den geringeren Einnahmen namentlich der vielen Familien, deren Ernährer im Felde liegt! Der Herr Minister hat in der Kommission erklärt — ich darf das wohl auch mitteilen —, daß er eine weitere Erhöhung der Braunkohlen- und Brikettpreise nicht zulassen werde. Ich glaube, der Herr Minister sollte auch einmal durch die Preisprüfstelle nachprüfen lassen, ob man nicht bei den ungewöhnlich billigen Selbstkosten der Braunkohlen und der Briketts überhaupt schon den Konsumenten viel zu hohe Preise abfordert!

Meine Herren, durch Gesetz vom 4. August 1914 sind die Paragraphen der Reichsgewerbeordnung, die sich auf

Frauen- und Kinderarbeit und jugendliche Arbeiter

beziehen, so weit außer Kraft gesetzt, daß der Herr Reichskanzler die Ermächtigung hat, die von der Gewerbeordnung regulär vorgeschriebenen Schutzvorschriften außer Kraft zu setzen. Die erste Folge davon, und zwar meines Erachtens die übelste Folge von dieser Bestimmung, ist die Vermehrung der jugendlichen Arbeiter unter Tage. Ich habe 1913, also schon ein Jahr vor dem Kriege, hier scharf kritisiert, daß man von der guten alten Sittlichkeit, die in Preußen durch das Berggesetz von 1835 auch aufrechterhalten worden ist, von der guten alten Sittlichkeit, jugendliche Arbeiter nicht unter Tage zu beschäftigen, abgekommen ist. Mehr und mehr wurden in Ober-schlesien und auch in Teilen von Mitteldeutschland jugendliche Arbeiter, also im Alter von 14 bis 16 Jahren, unter Tage beschäftigt. Nun hat man diese Beschäftigungserweiterung auch auf die westlichen Bezirke übertragen. Meine Herren, wir sehen schreckliche Sachen, wahre Kinder, kann man sagen, unter Tage ansetzen, und Sie werden, wie ich Ihnen auf Wunsch gern nachweise, sicher nicht alle an Arbeiten gestellt, die ihnen körperlichen Verhältnissen zuträglich sind. Ich möchte dringend davor warnen, auf dem Wege, der vor dem Kriege schon eingeschlagen worden ist, weiterzugehen und das schulpflichtige Alter für Unterzeigerarbeiter herabzusetzen. Hier aufgesetzt muß es werden! Wir dürfen uns doch nicht verhehlen — der Herr Minister hat es in der Kommission im vorigen Jahre schon vorgetragen —: wenn ein Hohenhauser oder Erz-hauer gegen 30 Jahre alt geworden ist, dann ist seine beste Kraft dahin, und wenn nun die Kinder von 14 Jahren schon unter Tage ansetzen und dann zusammengepackt werden, z. B. im Schicht-laufbetrieb usw., dann wird eben die Zeit, wo der zum Mann gewordene Arbeiter tätig ist, seiner Berufsarbeit nachzugehen, noch verkürzt. Dann bekommen wir schon zahlreiche blühende Invaliden mit 30, 35 Jahren. Ich glaube aber, meine Herren, durch diesen Krieg haben die Väter ohnehin schon fürchtbare Überlässe bekommen, und es ist deshalb schon durchaus notwendig, daß wir unseren Nachwuchs unter allen Umständen schützen. Für einen solchen Schutz halte ich das unbedingt sofort zu erlassende Verbot, die jugendlichen Arbeiter unter Tage zu beschäftigen. Ich bitte den Herrn Minister, diese Ausnahmen nicht erst wieder aufzugeben, wenn der Krieg zu Ende ist, sondern möglichst sofort.

Ich kann mir nicht helfen, meine Herren — ich weiß, es gibt darüber andere Anschauungen, ich wünsche, sie treffen zu —, aber ich

glaube noch nicht an eine Hochkonjunktur nach dem Kriege,

sondern befürchte, daß wir mit dem Gegenteil zu rechnen haben. (Zuruf bei den Nationalliberalen.) — Herr Knappe, Sie sind anderer Ansicht, ich wünsche, Sie erhalten Recht; aber es kann auch anders kommen. Wir haben in diesem Kriege so viele Enttäuschungen und Uebererwartungen erlebt — es kann aber auch anders kommen. Da wir nicht sicher voraussagen können, haben wir doch, zumal wir beim Ausbruch dieses Krieges dieses Durcheinander erlebt haben, jetzt alle Veranlassung, auf alle Fälle Vorsorge zu treffen. Meine Herren, es sind doch ganz ungeheure Werte, die mit dem Kriege befaßt sind, in allen Ländern unüberwindlich zerstört. Dadurch ist die Aufnahmefähigkeit der Märkte, namentlich der Auslandsmärkte, auf die wir besonders, wie ich bei anderer Gelegenheit nachzuweisen versuchen werde, angewiesen sind, meines Erachtens auf eine sehr geraume Zeit stark beeinträchtigt. Die Beschaffung der verminderten oder knapp gewordenen Rohstoffe wird nach dem Kriege größere Schwierigkeiten machen. Wir wissen ja, welcher Mangel an Transportmitteln herrscht, und wir wissen nicht wie, wie rasch und zu welchen Preisen wir die Rohstoffe hereinbekommen. Das wissen wir alle nicht. Jedenfalls müssen wir auch eine starke Zufuhr von Nahrungsmitteln gleich nach dem Kriege haben, damit die leer gewordenen Vorratsräume wieder aufgefüllt werden. Meines Erachtens müssen wir ferner nach dem Kriege auf eine sehr geraume Zeit mit ziemlich denselben hohen Lebensmittelpreisen rechnen, wie wir sie jetzt haben. Wir werden wenigstens mit einer geraumen Zeit rechnen müssen, wo wir keine wesentlich niedrigeren Lebensmittelpreise haben.

Meine Herren, wenn aber dann in einer so kritischen Situation nach den Anregungen solcher Kreise,

die von der „Arbeitgeber-Zeitung“ vertreten werden,

dazu übergegangen wird, Lohnreduktionen und sonstige Arbeitsbedingungsveränderungen vorzunehmen, wenn zu all den extragenen Entbehrungen und Ersparungen der Lebensführung noch Lohnreduktionen und dergleichen mehr treten, was glauben Sie, meine Herren, was dann geschehen würde? Sie können sich ruhig darauf verlassen, daß in dieser Situation die Arbeiter vor einem Kampf um ihre schwer bedrohte Existenz nicht zurücktreten dürften! Das dürfen sie einfach nicht! Ich bin sicher, daß ich hiermit im Einverständnis mit allen gewerkschaftlichen Organisationen spreche. Der Krieg hat und wird noch weiter kolossale Vermögensverluste zur Folge haben. Die Masse des Proletariats wird in allen beteiligten Ländern ungeheuer verarmt werden. Die Klassengegensätze werden dadurch vertieft. Darüber kann gar kein Zweifel sein. Nicht, weil wir es wollen oder wünschen, aber eine Verschärfung der Klassengegensätze ist die natürliche Folge der zweifellosen Vermögensverluste. Der Kampf um das Sein wird eben für den Einzelnen wie für alle die Wirtschaftskräfte, die durch diesen Krieg so furchtbar zur Überlassung sind, erheblich scharfer werden. Es ist besser, wir sehen die Dinge nicht im rosenfarbenen Licht, besser Voricht als Nachsicht! In England hat schon ein großer Industrieller vor einiger Zeit öffentlich erklärt, daß man dort nach dem Kriege mit gewaltigen Wirtschaftskämpfen rechnen. Die Gründe, die der Redner anführte, gelten nicht nur für England. Es

ist überall so jämmerlich das Gleiche. Wenn aber gewaltige Wirtschaftskämpfe bei uns kämen, wer hätte ein Interesse daran, daß wir uns in eigenen Lande, bei all der Erfindung, die und wie allen vom Krieg hergekommenen Völkern überlegen ist, nun noch gegenständig die Hände abspalten, um sich einmal drastisch auszubreiten?

Die Volkswirtschaften haben den Streik niemals erklärt um des Kampfes willen,

sondern immer gesagt: erreichen wir durch gültige Mittel das eben Mögliche, so ist uns dieses Verzicht vorzuziehen dem, was wir durch einen (schweren, beiderseitig verletzlichen Kampf) erreichen, was in der Regel nicht mehr ist. Das ist der Standpunkt der Volkswirtschaften. Sie, meine Herren, können nicht nachweisen, daß diese programmatifische Erklärung im Widerspruch zu dem steht, was von den verantwortlichen Leitern der Volkswirtschaften vor dem Krieg schon gesagt ist. Wenn also die Volkswirtschaften vor der Alternative gestellt werden, nach dem Krieg auch noch Lohnverminderungen und andere Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zu ertragen, dann, meine Herren, müssen Sie damit rechnen, daß die Widerstandskraft, die unsere Leute draußen, die Massenheere unserer Volksgenossen in den Schützengräben jetzt zeigen, sich auch in den wirtschaftlichen Kämpfen erweisen wird. Daher, meine ich, sollten sich doch die Herren, die auf die großen Industrieunternehmen maßgebenden Einfluß haben, überlegen, ob es in der Tat noch gelingend ist, an der bisher, auch leider während des Krieges, festgehaltenen ablehnenden

Haltung gegenüber den Arbeiterorganisationen

festzuhalten. Ich meine, die Herren sollten es sich reiflich überlegen und meine Worte auffassen als die Mahnung eines Mannes, der nun wiederholt schon in der Zeitung großer Kämpfe, der größten wirtschaftlichen Kämpfe, die Deutschland gesehen hat, gestanden hat, der daher zu wahren weiß, was ein solcher Kampf namentlich nach dem Krieg zu bedeuten haben würde. Ich meine, die Herren sollten überlegen, ob sie sich nicht dem größten Teile der Unternehmerschaft in Deutschland, der heute schon den vornehmlichsten Standpunkt der Nichtanerkennung und des Nichtüberhandelns mit Arbeiterorganisationen verleiht, an die Hand zu legen wollen.

Meine Herren, eine solche Basis, wie ich sie mir denke, nämlich der Verhandlung zwischen der beiden organisierten Interessentengruppen, der Arbeit und des Kapitals, wird natürlich die elementaren Interessengegenstände nicht aus der Welt schaffen; so wenig wie die politischen Kämpfe zwischen den Parteien ausfüllen werden und können, so wenig werden die wirtschaftlichen Interessengegenstände zwischen Arbeit und Kapital ausfüllen. Wir sehen, daß innerhalb der Unternehmerschaft selber sehr scharfe Interessengegenstände herrschen. Wir sehen es bei fast jeder Syndikatsverhandlung, bei den oft sehr heftigen Interessentenkämpfen wegen der Verteilungsfrage. Wir sehen dann, wie scharf die Gegensätze auch innerhalb der Unternehmerschaft sind, und deshalb meine ich, so gut wie dort die Freunde der Syndikalisierung nicht nachlassen, trotz der scharfen Gegensätze auf eine gemeinsame Verständigungslinie zu kommen suchen, sollte dies auch in unserem Falle möglich sein. Namentlich angesichts der großen Schwierigkeiten, die unser Wirtschaftslieben nach dem Krieg haben wird.

Ich will darum zum Schluß sagen: die Arbeitergewerkschaften, die Organisationen aller Richtungen, die auf gewerkschaftlichem Standpunkt stehen, haben wiederholt ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen zu einer Verständigung, wie ich sie vorhin als möglich darstellte. Diese Bereitwilligkeit ist auch heute noch wie vor vorhanden. Nun steht es an der anderen Seite, zu zeigen, daß sie diese Bereitwilligkeit im allgemeinen Interesse zu würdigen weiß.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Mahnung an deutsche Landwirte.

Nach der „Deutschen Tageszeitung“ hat der sächsische Landtagsabgeordnete Nischke in Weilmars „Universeum“ eine kräftige Mahnung eines Landwirts an seine Berufsgenossen gerichtet, welche lautet:

„So bedenkst denn ihr, die es angeht, daß durch den Wucher mit Gegenständen des täglichen Bedarfs unser Volk in eine große Notlage geraten ist. Die mangelbehafteten Volksgenossen leiden durch eure Schuld an Unterernährung. Für die Säuuglinge ist die Milch nicht zu beschaffen. Habt ihr euch einmal überlegt, wie ihr durch euer Verhalten der Zukunft unseres Volkes schadet, obgleich wir jedes Menschenleben notwendig brauchen? Ist das der Dank an unsere Soldaten, die seit weit über einem Jahre im Felde liegen und euch euer Hab und Gut mit ihrem Leben schützen, daß ihr schmutziger Feinnie wegen deren Familien der bittersten Not preisgebt? Ihr allein seid daran schuld, wenn die große Zeit nicht bringt, was sie bringen soll, und wenn durch Verwitterung und Unzufriedenheit unendlich nationale Werte vernichtet werden. Während jeder, der die Kraft in sich fühlt, mitbauen hilft an dem neuen Deutschland, in dem manches besser werden soll, als es bisher war, untergräbt ihr jetzt schon die Grundmauern lebendig des Fortschritts wegen.“

Der ehrliche Mensch hat mit dem Wucherer nie etwas gemein haben wollen. Für die Ausnutzung der Notlage eines anderen sind hohe Strafen ausgesetzt, und wenn es jetzt auch nicht möglich ist, auch alle der gerechten Bestrafung zuzuführen, so sollt ihr doch wissen, daß wir euch, gleichviel welche Stellung ihr jetzt einnehmt, verachten. Ihr werdet euch sonst auch gewiß als gute Patrioten geben, auch zum Beispiel über die Munitionslieferung der Amerikaner aufregen, und doch sind diese Kaufschmuggler ehrlicher als ihr. Die treiben ihr gewiß unheimliche Gewerbe wenigstens offen, während ihr euch in der Art der Tarnung euren eigenen Volksgenossen naht und ihm oft den letzten Pfennig nehmt. Und wenn ihr nach einem gut gelungenen Raubzug beim Glase sitzt und beim Anspinnen „Gott segne England!“ ausruft, dann denkt daran, daß ihr nach weit größere Chancen seid, Englande Auswanderungsplan ist nicht gelungen, aber ihr seid auf dem besten Wege, das zu erreichen, was den Engländern verweigert blieb.

Auch über Italien dürft ihr euch nicht entziehen. So gewinn und niederträchtig der Treubruch Italiens seinen Verbündeten gegenüber war, ihr dürft nicht darüber reden, wenn ihr übersteift selbst die Niedertracht Italiens. Seid ihr doch dem eigenen Volke in der Stunde der Gefahr in den Rücken gefallen. Die größte Gemeinheit war immer noch der Verrat an eigenen Volk, und den habt ihr begangen.

Wenn in offensichtlich nicht so langer Zeit unsere Truppen siegreich heimkehren, dann werdet ihr euch wieder in die vorderste Reihe stellen. Leute eurer Art drängen sich gern vor, es kann ja nichts schaden, wenn man sich bei solchen Gelegenheiten zeigt. Dann soll euch euer Gewissen sagen, sofern es euch nicht inzwischen abhandeln gekommen ist, daß ihr die Rot eures Vaterlandes zur Quelle unerbittlichen Elends gemacht und dadurch Verrat an dem Heiligsten, am eigenen Vaterlande, verübt habt. Wenn ein jeder mit Vergnügen von sich sagen kann, daß auch er zu einem kleinen Teile an dem Gelingen des großen Ganges mit beigetragen hat, dann könnt ihr euch damit trösten, daß wir trotz eures Verhaltens so weit gekommen sind.

Ihr laßt euch außerhalb des deutschen Volkes gestellt. Auch der geringste unserer Völkler hat das Recht, euch zu verachten. Schämt euch!

Lebensmittelbeschaffung durch Städte.

Ueber den Umfang ihrer Lebensmittelbeschaffung in den verschiedenen Kriegsmonaten beginnen nunmehr die einzelnen Städteverwaltungen Bericht zu erstatten. Es liegen uns nachstehende Berichte vor:

In Berlin wurden im Jahre 1915 an Kartoffeln 802.200 Ztr. zum Betrage von 3.435.500 Mk. abgekauft und daneben an Berliner Kartoffelhändler Weizenkörner über 530.000 Zentner abgegeben. An Fleisch und Fleischwaren wurden an die Bevölkerung abgegeben 3.345.745 Pfund frisches, gefrorenes und gepökeltes Schweinefleisch, 2.940.715 Pfund geräucherter Speck, 342.250 Pfund geräucherter Schinken und Schinkenpfe, 494.214 Pfund Schmalz und Schmalzpfett, 267.475 Pfund Schweinefleischkonzerne und 176.902 Pfund Sammelfleisch. Außerdem wurden durch die Stadt bezogen und an Fleisch abgegeben 488 lebende Kinder und 2493 lebende Schweine. Der Erlös aus dem Gesamtfleischverkauf betrug rund 11 Millionen Mk. Weiterhin verläuft die Stadt 9780 Tonnen Gerste für 421.355 Mk., 135.624 Schaf Eier für 1.220.950 Mk. und rund 9000 Zentner Klippfleisch für 228.154 Mk. Die Zusammenfassung der einzelnen Posten ergibt eine Gesamtsumme von 16.416.998 Mk.

In Bochum hat die Stadtverwaltung im ersten Kriegsjahre für die Bevölkerung eingekauft: 105.978 Zentner Weizen für 2.210.875 Mk., 50.840 Zentner Kartoffeln für 352.523 Mk., 8720 Zentner Meis für 153.109 Mk., 678 Zentner Zucker für 15.422 Mk., 4694 Zentner Reis für 690.125 Mk., 1611 Zentner Salmola für 139.490 Mk., 210 Zentner Kaffee für 8910 Mk., 400 Ztr. Hülsenfrüchte für 13.032 Mk., 221 Zentner Salz für 228 Mk., 6104 Ztr. Futtermittel für 65.106 Mk.,

800 Zentner Fische für 34.151 Mk., 678 Zentner isländisches Lamfleisch für 18.875 Mk., 900 Ztr. Obst für 8420 Mk., 300 Zentner Runkelrüben für 27.200 Mk. Vorstehende Posten ergeben einen Gesamtbetrag von 8.600.815 Mk.

Die Stadt Köln unterhält 30 Verkaufsstellen mit eigenem Personal in gemieteten Räumen, in denen Kartoffeln, Meis, Graupen, Gerste, Gemüse, Obst, kondensierte Milch und andere Lebensmittel verkauft werden. Außerdem sind etwa 800 Kleinverkaufsstellen für Kartoffeln bei Gemüshändlern eingerichtet worden. Ferner unterhält die Stadt über 80 Niederlagen für den Verkauf der von ihr beschafften Klipp- und fettsäurehaltigen. Sie gibt an etwa 60 Verkaufsstellen Milch, an etwa 500 Geschäfte Butter sowie an über 1200 Kolonialwarengeschäfte Petroleum ab; daneben unterhält die Stadt noch etwa 50 eigene Verkaufsstellen. Der gesamte Umschlag dieses Lebensmittelgeschäfts, der Mitte Oktober 75½ Millionen Mark betrug, ist bis Ende Dezember auf 94 Millionen Mark gestiegen. Zur Entladung, Lagerung und Verfeinerung der Lebensmittel bildet die Stadt eine besondere Zentralverwaltungsverwaltung. Der Umfang ihrer Geschäfte machte die Einrichtung besonderer Dienststellen auf den Bahnhöfen Gerson, Eifelhof, Bonner Tor, Jägerstraße, Nippes und Wilhelmshafen, sowie die Annahme von mehreren hundert Arbeitern und die Anmietung einer Reihe von Lagern notwendig. Zur Verarbeitung der Rübenabfälle sowie zur Trocknung von Obst und Gemüse sind Dörranlagen errichtet worden. Zur Verfeinerung der Butterknappe hat die Stadt ein Milchfett hergestellt.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Deutschlands Kohlenenerzeugung im deutschen Zollgebiet.

Der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller ermittelt, daß im Jahre 1915 die Kohlenenerzeugung 11.790.137 Tz. gegen 14.890.568 Tonnen i. J. 1914 betrug. Die niedrigste Erzeugung zeigt der Monat Februar mit 808.629 Tz. und die höchste der Monat August mit 1.050.610 Tz. Im Monat Dezember 1915 betrug die Erzeugung 1.029.144 Tz. Davon entfielen auf Rheinland-Westfalen 450.231 Tz., auf Lothringen 157.508 Tz., auf Luxemburg 148.182 Tz., auf Schottland 88.128 Tz. und auf das Saargebiet 64.061 Tz. Die übrige Erzeugung verteilt sich auf das Siegerland, Mitteldeutschland und Thüringen. Im Januar 1916 hat sich eine weitere Steigerung bemerkbar gemacht, indem 1.077.048 Tz. erzeugt wurden, gleich 34.973 Tz. täglich.

Ausfuhrerzeugung der Welt im Jahre 1915.

Das „New Yorker Engineering and Mining Journal“ gibt über die Ausfuhrerzeugung der Welt im Jahre 1915, verglichen mit der aus den drei vorangegangenen Jahren, die folgende Uebersicht (in Tonnen):

	1915	1914	1913	1912
Vereinigte Staaten	646.212	525.320	555.900	563.280
Mexiko	80.000	36.837	55.823	37.667
Kanada	47.203	34.027	34.580	31.213
Kuba	8.866	6.251	3.861	4.303
Australien	32.513	57.592	47.325	47.773
Peru	32.410	23.047	25.487	26.488
Chile	47.443	40.876	30.484	39.204
Polen	3.000	1.806	3.658	4.681
Japan	75.000	73.898	73.152	62.486
Rußland	16.000	31.098	34.810	23.550
Deutschland	35.000	30.480	25.808	24.303
Ungarn	27.000	21.135	22.870	16.832
Spanien und Portugal	95.000	37.009	54.806	50.873
Andere Länder	26.000	25.170	37.158	20.555

Zusammen 1.061.283 923.889 1.055.078 1.020.023

Wie man sieht, hat das Jahr 1914 starken Rückgang der Gewinnung gebracht, welcher in der Hauptsache wohl auf die durch den Krieg hervorgerufenen Störungen in der Weltwirtschaft zurückgeführt werden darf. Im Jahre 1915 ist dann wieder Steigerung auf den gewöhnlichen Stand eingetreten, die jedoch zum weitaus größten Teil auf die Vereinigten Staaten von Amerika entfällt. In einer ganzen Anzahl anderer Länder, so in Mexiko, Australien, Peru und in Rußland, ist weiterer Rückgang der Gewinnung zu verzeichnen. Aus der gegenwärtigen starken Nachfrage nach Kupfer ziehen also in erster Linie die Vereinigten Staaten Vorteil. Aber auch andere Länder, so z. B. Chile, Kanada und vor allen Dingen Spanien, haben ihre Kupfergewinnung im letzten Jahre ausbeuten können. Steigerung um etwa 8000 Tz. ist auch in Deutschland zu verzeichnen.

Knapppflichtiges.

Reichsnapppflichtverein und Stellungnahme eines ober-schlesischen Nappschäftsleiters.

Die Zersplitterung im deutschen Nappschäftsleben ist so groß und die Einwirkungen des Krieges auf die Nappschäftsvereine sind so verhängnisvoll, daß unbedingt eine Verschmelzung der finanziell schwach gestellten Nappschäftsvereine mit den größeren nötig ist. Nappschäftsvereine können wohl Pensionssicherheit bei den ihnen angeschlossenen Vereinen schaffen, doch fehlen ihnen gewöhnlich die Mittel, für die Vereine zum Beitritt zu zwingen. In vielen Vereinen sind auch die Leistungen so minimal und die Vermögensverhältnisse so schlecht, daß unbedingt Besserung geschaffen werden muß, was diese Vereine aber jetzt nicht durch eigene Kraft bewerkstelligen können. Die beste Lösung wäre die Schaffung eines Reichsnappschäftsvereins und eines Reichsnappschäftsvereins. Die Errichtung eines solchen Reichsnappschäftsvereins umfaßenden Instituts würde für die Bergarbeiter nur segensreich sein und zugleich mit den so verschiedenen verschiedenen Wartezeiten aufzuklären, unter denen schon so mancher Bergarbeiter zu leiden hatte.

Die vier Bergarbeiterverbände machten nun am 18. Septbr. 1915 eine eingehend begründete Eingabe an den Ständigen Ausschuss und an die Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Nappschäftsverbandes, der am 27. September 1915 in München tagte, worin es unter anderem heißt:

„Die Satzung des Allgemeinen deutschen Nappschäftsverbandes sieht in § 2 mit als Vereinszweck vor, die Wünsche der Vereine auf den weiteren Ausbau der Arbeiterversicherung zur Kenntnis der Behörden und der Volkswirtschaften zu bringen.“

Auf Ihrer Generalversammlung soll nun als Punkt 11 der Tagesordnung über die Vereinheitlichung des Nappschäftslebens verhandelt werden.

Die Unterzeichneten erlauben sich deshalb an die Herren ständigen Ausschussmitglieder und die hochwohlwollende Generalversammlung folgende Eingabe zu richten und um deren Berücksichtigung zu bitten:

Die Tagung des Allgemeinen deutschen Nappschäftsverbandes möge sich dahin aussprechen, daß eine Verschmelzung aller Nappschäftsvereine zur Vereinheitlichung des Nappschäftslebens unbedingt erforderlich ist.

Um dies zu erreichen, ersuchen wir die Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Nappschäftsverbandes mit darauf hinzuwirken, daß die Regierung baldigst den Entwurf eines Reichsnappschäftsvereins vorlegt, in dem Anordnungen zur Vereinheitlichung des Nappschäftslebens getroffen sind und die Bildung eines Reichsnappschäftsvereins vorgeschrieben wird.

Als Vorbild für die Zentralnappschäftsvereine könnte vielleicht die Reichsinvalidenversicherung mit ihren verschiedenen Beitragsklassen und ihren Landesversicherungsanstalten dienen.

Im 10. Januar 1916 fand nun eine Sitzung des Nappschäftsvereins in der Reichsinvalidenversicherung statt. Wir sind erst jetzt in den Besitz des Verhandlungsberichts gelangt und finden hier, daß vor Schluß der Sitzung als letzter Redner der Nappschäftsleiter Theimer in der folgenden Erklärung abgab:

„Ausschuss und Generalversammlung werden ersucht, baldigst bei der Regierung auf Vorlage eines Reichsnappschäftsvereins vorzugehen, der Reichsnappschäftsvereins vorstehend Reichsgesetz hinzuzufügen. Als Vorbild kann die Reichsinvalidenversicherung dienen.“

Meine Herren! Wenn die Nappschäftsvereine nach dem Vorbild der Reichsinvalidenversicherung zusammengefasst werden sollen, so erkläre ich, daß der ober-schlesische Nappschäftsverein von so einem Zusammenschluß nichts wissen will. Die Reichsinvalidenversicherung steht bei den Mitgliedern des ober-schlesischen Nappschäftsvereins in sehr schlechtem Ansehen. Ich weiß nicht, wie in anderen Provinzen das Gesetz gehandhabt wird; aber auf die ober-schlesischen Nappschäftsvereine wird das Reichsinvalidengesetz mit aller Strenge und Schärfe angewendet. Ich bin Besitzer des Versicherungsamtes und kann Ihnen, meine Herren, den Beweis liefern,

daß die Nappschäftsvereine erst dann die Reichsinvalidenrente erhalten, wenn sie die letzten Stiefel anhaben. Bei der Bemessung der reichsinvaliden Rente wird gleichfalls mit aller Strenge des Gesetzes verfahren. Frauen über 60 Jahren und Männer von sieben Kindern müssen sich bei Anträgen von Witwenrenten arglos auf ihre Arbeitsfähigkeit hinunterlassen lassen, und nach diesem Vorbild des Gesetzes sollen die Nappschäftsvereine zu einer Reichsnappschäftsvereine zusammengefasst werden? Ich habe dieses einigen Nappschäftsleitern und -Mitgliedern vorgehalten, und diese bezeichnet es als eine Tat des Wahnsinns. W. S. I. Wenn Sie diesen Antrag annehmen, dann treiben Sie die Nappschäftsvereine in die Verzweiflung und arbeiten somit der Revolution in die Hand; denn die Nappschäftsvereine haben offen erklärt, wenn sich die Reichsinvalidenrente verschlechtern sollten, würden sie zur Selbsthilfe greifen. Ich bin nur für eine Verbesserung der Pensionen, wenn ich aber dem Nappschäftsvereine Junge so gut aufnehmen sollte, würde ich einen Verrat an den ober-schlesischen Nappschäftsvereinen begehen.

Welche Schwierigkeiten sich der Bildung einer Reichsnappschäftsvereine in den Weg stellen, erleben Sie aus der Denkschrift des Reichsinvalidenvereins Herrn Dr. Zimmermann vom 20. Mai 1915. Seite 23. Nach dieser Denkschrift ist es nicht ausgeschlossen, daß die Reichsinvalidenrente bei der ober-schlesischen Nappschäftsvereine erniedrigt werden, sogar diejenigen der gegenwärtigen Invaliden ermäßigt werden müssen. Ich bitte nochmals, meine Herren, die größte Vorsicht walten zu lassen und diesen Antrag nicht anzunehmen.

Da Herr Theimer die Eingabe sicher in Händen hatte, so können wir nur bedauern, daß er eine solche unsinnige Erklärung abgegeben konnte, die dazu paßt wie die Faust aufs Auge, aber zugleich auch die Worte in der Eingabe, auf die es besonders mit ankam, unterdrückt. Es heißt nicht in der Eingabe, wie Herr Theimer in seiner Erklärung sagt: „Als Vorbild kann die Reichsinvalidenversicherung dienen“, sondern: „Als Vorbild könnte vielleicht für die Reichsnappschäftsvereine die Reichsinvalidenversicherung mit ihren verschiedenen Beitragsklassen und ihren Landesversicherungsanstalten dienen.“ Wenn Herr Theimer dieses wahrheitsgemäß vorgelesen hätte, dann wäre es ihm natürlich unmöglich gewesen, seine unsinnigen Schlussfolgerungen zu ziehen, daß, wenn ein Reichsnappschäftsverein gebildet würde, die Nappschäftsvereine erst pensioniert werden könnten, wenn sie über 66½ Prozent erwerbsunfähig seien, analog der Reichsinvaliden.

Auf die Reichsinvalidenversicherung wurde deshalb hingewiesen, weil Gegner der Schaffung eines Reichsnappschäftsvereins damit operierten, daß es unmöglich sei, alle Nappschäftsvereine zu einem Reichsnappschäftsvereine zusammenzufassen, dabei aber betonten, daß in den Nappschäftsvereinen die Beiträge nicht gleich, sondern verschieden bemessen seien. Wenn es nun möglich war, in der Reichsinvalidenversicherung alle Arbeiter aufzunehmen und verschiedene Klassen, je nach Lohnhöhe, zu schaffen, kann doch auch bei gutem Willen kein Hindernis bestehen, alle Nappschäftsvereine zusammenzufassen und für größere Gebiete vielleicht Landesnappschäftsvereine, aber wie man sie nennen will, zu schaffen; z. B. könnten der Bochumer und der Oberschlesische sowie andere große Nappschäftsvereine zu solchen Vereinen ausgebaut werden, denen sich die benachbarten anschließen hätten.

Daß die Leistungen der Reichsinvalidenversicherung gleich sein sollen, davon war und kann keine Rede sein und ist wirklich auch von keinem ernstenden Manne anzunehmen, dies aus der Eingabe herauszulesen. Aus welchen Gründen Herr Theimer dies herauszufinden will, unterläßt er, da wir uns im Reichen des Burgfriedens nicht weiter mit ihm befassen möchten. Nur darauf möchten wir noch hinweisen, daß bei einem Reichsnappschäftsvereine auch vorgeesehen werden müßte, daß, wer höhere Beiträge als seine Lohnstufe anmacht, zahlen will, dies tun kann, also in eine höhere Klasse aufsteigt. Als Gegenleistung im Reichsnappschäftsvereine, b. h. als höchste Klassen, könnten ja die Abschließungen, welche heute in den bestausgebauten Nappschäftsvereinen bestehen, angenommen werden. Herr Theimer hat sich also in seiner Erklärung großer Unberücksichtigung schuldig gemacht. Er scheint überhaupt ein Weiser großer Worte zu sein, davon zeugen auch seine Ausführungen über die Reichsinvalidenversicherung, jedoch werden wir die von dem Verantwortlichen Theimer geäußerte Meinung betreffs der „letzten Stiefel“ nicht aus dem Gedächtnis verlieren, sondern bei Gelegenheit daran erinnern, wer diesen geprägt hat.

Eingabe betreffend Krankengeldzahlung für die Arbeiter von Wambögen I.

An den Vorstand des Brühler Nappschäftsvereins in Brühl richteten die unterzeichneten Verbände folgende Eingabe:

Bilbar, den 16. Februar 1916.
Die ergebnis unterzeichneten erlauben sich, dem Vorstand des Brühler Nappschäftsvereins folgende Beschlüsse der Nappschäftsvereine des Werkes Wambögen I zur gefl. Kenntnisnahme und Abhilfe zu unterbreiten:

Die Ablieferung der Krankengeldscheine erfolgt auf Wambögen I sehr ungenügend. Hierdurch müssen die betr. Arbeiter bezogen Angehörige häufig einen Termin, teilweise sogar zwei Zahltermine, also vier Wochen, warten, ehe das Krankengeld erhoben werden kann. Die Nachteile dieses Nichtabliefern glauben wir dem Nappschäftsvereine nicht näher klären zu brauchen.

Wir bitten deshalb ergebenst, Vorfrage zu treffen, daß in Zukunft die regelrechte Krankengeldzahlung auf Grube Wambögen I erfolgt.

Mit aller Hochachtung!

Gewerksverein Christlicher Bergarbeiter (Regist. Braunkohlenrevier).

Verband der Bergarb. Deutschlands (Reg. Rhein. Braunkohlenrevier).

J. A. M. Schöffer.

Mikände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Zehe Konstantin IV und V hat einen neuen Betriebsführer namens Othmar, der es trefflich versteht, den Forderungen der Arbeiter mit mehr oder weniger wichtigen Bemerkungen zu begegnen. Diese sind darüber nicht sonderlich erbaulich, weil dabei nichts ins Lohnbuch kommt. Der Betriebsführer mag ja seine Wege sehr unterhalten und sogar geistreich finden, unterhaltend und geistreich für die Arbeiter ist schon, wenn sie einen ausreichenden Lohn verdienen. Doch damit hapert es manchmal. So ersuchte z. B. ein Schichtreparaturhauer, Vater von fünf Kindern, der nur 5,85 Mk. pro Schicht verdiente, um eine Zulage und erhielt ganze 15 Pfennige. Der Arbeiter eine Geduldsgeschichte, dann heißt es gewöhnlich: „Es geht alles, wenn nur der gute Wille da ist!“ Allerdings, wenn nur der gute Wille da wäre, könnten die Löhne und Gebühre ausreichen erhöht werden, aber da hört der gute Wille gewöhnlich auf. Wenn aber Arbeiter infolgedessen hungern, werden die Beamten in Bewegung gesetzt, um sie wieder zu halten. Dann wird sogar angeblich, die Heeresverwaltung braucht jetzt viel Leute, und hier seine Arbeitsstelle wechsele, würde eingesetzt. Damit können allerdings Arbeiter nicht gehalten werden, die so wenig verdienen, daß es zum Leben nicht ausreicht, denn diese sagen sich: Dann ist es doch noch besser im Schützengraben. Jeder Materialschaffner muß vom Betriebsführer unterschrieben sein, welcher dabei in der Regel Vörsicht macht mit der Begründung: „Wir müssen sparen!“ Diese Sparsamkeit in Ehren, aber sie hat ihre üble Seite: sehr oft fehlt es den Arbeitern an dem notwendigen Material, die Arbeiter bleiben zurück zum Nachteil für beide Teile. Wir wissen nicht, ob das Mithras, das in der Scheintontrolle durch den Betriebsführer für die anderen Beamten liegt, begründet ist, wenn ja, dann steht es hohe aus. Beamte, die nicht einmal gewissenhaft genug sind, einen Materialschaffner auszustellen, besitzen auch nicht die Eigenschaften, einen so verantwortlichen Posten auszufüllen. Die Abwickler werden auch nicht regelmäßig in Ordnung und rein gehalten, und die Folge ist, daß die Strecken verunreinigt werden. Mit dem weiteren Abwärtens des Schachtes V ist wieder begonnen worden. Dabei wurde ein Mann als Frittsführer angestellt, dem es sicher nicht an gutem Willen, aber an mangelnder Erfahrung mangelt. Solche Leute sind aber eine Gefahr für sich und andere, weil sie doch aus nachlässigen Gründen bestraft sind, zunächst eine möglichst hohe Leistung zu erzielen, was in der Regel dann auf Kosten der Betriebssicherheit geht. Das kann aber nicht quälen werden. Die Sicherheit muß vor der Leistung stehen. Der dem entgegenhandelt, ist sich seiner Verantwortung nicht bewußt. An verantwortliche Stellen sollten daher nur Leute mit ausreichender Erfahrung gestellt werden.

hätten, und diese Wahl vom Oberbergamt für ungültig erklärt worden sei. Dieses ist unzutreffend. Am 28. Januar 1916 hat zwar für einen im August 1915 gewählten Sicherheitsmann eine Neuwahl stattgefunden, aber nur deshalb, weil er nicht mehr in der Grube beschäftigt wurde und damit sein Amt nicht erledigen konnte.

Schichtlohnverein. Die Dir.: Ratten, Schichtleiter.
Diese „Berichtigung“ ist irreführend und „berichtigt“ an dem eigentlichen Sachverhalt, auf den es hauptsächlich ankommt, vorbei. Es ist nicht unzutreffend, sondern zutreffend, daß die Bergarbeiterorganisationen gegen die Wahl Protest erhoben. Und das ist geschehen, weil der Gewerkschaftsverband nicht in der Grube, sondern als Vorstandsmitglied des gewählten Vereins auf der Marktschube beschäftigt, also nicht wählbar war. Bei der Wahl im August 1915 erhielten die Kandidaten der Gewerkschaft 210, die der Bergarbeiterverbände 208 Stimmen. Bei der Wahl im Januar aber erhielten die Gewerkschaften 218, die Bergarbeiterverbände dagegen 218 Stimmen.

Wahlung Kameraden in Essen!

Unser Hauptkassen- und Verrechnungsamt, Restaurant „Groß-Essen“, Eckelstraße, ist bekanntlich mehrere Monate außer Betrieb gewesen. Nunmehr ist es wieder eröffnet. Wir erlauben unsere Kameraden, wieder in altermännlicher Weise unser Verrechnungsamt zu besuchen, nämlich sich zu unseren dortigen Verwaltungen recht zahlreich einzufinden. Im selben Hause befindet sich (2. Etage) auch unser Bezirksbureau und Arbeitersekretariat der Gewerkschaften Essens.

Mit Speck fängt man gelbe Mäuse!

Aus Kameradenkreisen wird uns geschrieben:
Auf den Kruppschen Bechen Hannover und Hannibal! sehen die Belegschaftsmitglieder ungefähr jede Woche folgenden Anschlag: „Für die Mitglieder unseres Werksvereins! Am erfolgt die Ausgabe von Margarine, Speck, Wurst, Schinken, Fett, Erbsen usw.“ Jeder kann sich denken, wie herausfordernd das auf die anderen Belegschaftsmitglieder wirkt. Es erregt doch, daß unsere Frauen oft tagelang hinter einem Viertelpfund Margarine oder Fett herrennen und nirgends etwas zu bekommen wissen, demgegenüber diesen Leuten genügend geliefert wird. Wir möchten dabei eine Frage aufwerfen: Wie ist es möglich, daß die große Firma Krupp in ihren Konsumanstalten fast gar nichts an Lebensmitteln hat, dagegen der Werksverein, wie es scheint, genügend? Die benachteiligten Belegschaftsmitglieder nehmen an, daß die Firma Krupp die Waren einlaßt, nur weil sie sonst nicht mehr in den Konsumanstalten, sondern durch den Werksverein verkauft werden. Will man etwa den anderen Belegschaftsmitgliedern dadurch beweisen, wie nützlich der Werksverein ist? Soll es etwa auch eine Spekulation auf die Dummheit des einen oder anderen sein? Soll man auf diese Art und Weise Leute einzufangen und durch den „gelben Speck“ auch ihre Bestimmung selbst zu bestimmen?

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Lohneingabe für die rheinischen Braunkohlenarbeiter.
An den Vorstand des Vereins für die Interessen der rheinischen Braunkohlenindustrie in Köln richteten die unterzeichneten Verbände folgende Eingabe:

Die Unterzeichneten gestatten sich, Ihnen folgenden Antrag zu unterbreiten, mit der Bitte, ihn bei Ihren Vereinsmitgliedern zu befrachten.

Mit Rücksicht auf die außerordentlich hohe Preissteigerung auf dem Lebensmittelmärkte erlauben wir, die Löhne der Arbeiter auf Ihren Vereinswerten steigern zu lassen. Wenn auch nicht zu verkennen ist, daß die Löhne für einzelne Kategorien gestiegen sind, so kann andererseits nicht bestritten werden, daß einzelne Arbeitergruppen Löhne erhalten, die zum Lebensunterhalte für eine Familie absolut nicht ausreichen.

Es beträgt auf der Weichselgrube der Lohn für Maschinisten in der Grube 3,50 Mk. und für Heizer 4.— Mk. pro Schicht. In der Fabrik beträgt der Stundenlohn 33.—40 Pf. Derselbe Stundenlohn wird auch auf Gruhlwerk (Wb. Abraum), Grube Liblar (Wb. Fabrik) sowie auf anderen Werken gezahlt.

Daß bei solchen Löhnen die Familien an Unterernährung schwer leiden, sowie die körperliche Leistungsfähigkeit der betr. Arbeiter erheblich zurückgehen muß, bedarf keines Beweises.

Eine erhebliche Verbesserung der Löhne dieser so ungünstig gestellten Arbeitergruppen ist daher nicht nur im Interesse der Arbeiter bezw. deren Familien, sondern auch im Interesse der dauernden Leistungsfähigkeit der Kohlenindustrie dringend notwendig.

Besüglich der eingetragenen Lohnsteigerung steht fest, daß auf einer Anzahl Werke teilweise Gehaltssteigerungen bezw. Stundenlöhne heute noch dieselbe Höhe haben wie vor dem Kriege, demnach ein Mehr an Lohn nur durch Überstunden, Sonntagsarbeit sowie größere Anspannung der Arbeitskraft der Einzelnen erreicht wurde.

Wir glauben deshalb im Interesse der tatsächlich notleidenden Bergarbeiter und ihrer Familien auf eine Berücksichtigung unseres Antrages rechnen zu dürfen und sehen einer gefälligen Aufzählung Antwort entgegen.

Mit Hochachtungsvollem Gruß!
Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter Deutschlands. J. A. P. Harjch.
Verband der Bergarbeiter Deutschlands. J. A. M. Schöffner.

Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen. Braunkohlenindustrie des Herzogtums Sachsen-Altenburg.

Die Kohlegewinnung Deutschlands betrug im Jahre 1915: 235 081 904 Tonnen. Davon waren Braunkohlen 37,59 Prozent oder 88 369 554 Tz. gegen 83 946 996 Tz. im Jahre 1914. Im Herzogtum Sachsen-Altenburg waren im Jahre 1915: 28 Förderanlagen im Betriebe, die eine Gesamtförderung von 4 593 955 Tz. gegen 4 796 483 Tz. im Jahre 1914 hatten. Befriedigt wurden im Jahre 1915: 1 414 249 Tz. erzeugt gegen 1 430 265 Tz. im Vorjahre, und zwar waren an der Erzeugung 18 Betriebsfabriken beteiligt. Die Zahl der im Betriebe befindlichen Bergarbeiter betrug im Jahre 1915: 7, die 33 633 Tonnen Kohle produzierten gegen 37 667 Tz. im Jahre 1914. Im ersten Halbjahre 1915 war die Braunkohlenförderung sowie Befriedigung und Abnehmerleistung im Vergleich zum Jahre 1914 zurückgegangen, doch trat im zweiten Halbjahre Besserung ein, so daß schließlich die Förderung als auch Erzeugung der zweiten Hälfte des Jahres 1914 übertraf, trotzdem weniger Förderanlagen im Betriebe waren als im Vorjahre. Betrag doch die Gesamt-Braunkohlenförderung im Herzogtum Altenburg im zweiten Halbjahre 1915: 2 331 988 Tz. gegen 2 148 821 Tz. in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Gesamtförderung an Braunkohlen im Januar 1916 übertrifft auch die des gleichen Monats 1915, in dem 387 710 Tz. gefördert wurden gegen 374 558 Tz. Nach den herausgegebenen Marktberichten war in ganz Mitteldeutschland im Braunkohlenbergbau die Beschäftigung im Januar 1916 eine gute, teilweise sogar bessere wie in demselben Monat 1915. Die Nachfrage nach Braunkohle konnte von manchen Fabriken noch nicht einmal gedeckt werden. Der Arbeitermangel soll noch anhalten und werden die Arbeiter in größerem Umfange noch zu Überstunden herangezogen. Auch die Geschäftsberichte von Braunkohlenwerken lassen ersehen, daß die Kriegsjahre für diese nicht die schlechtesten sind. So hat das holländische Kohlenwerk in Froitz 9 Prozent Dividende für 1915 verteilt (im Vorjahre 8 Proz.). Dabei betrug die Abzehrungen noch 1 094 179 Mk. (i. V. 993 640 Mk.). Vor der A.G. Glinauf in Bielefeld erzählt man, daß der Betriebsertrag ungefähr 140 000 bis 150 000 Mk. beträgt (i. V. 126 478 Mk.). Die Braunkohlenwerkerschaft Grundholz in Wallenau hat nach Zahlung der Unkosten, Kapitalzinsen und Abschreibungen sowie Schuldverzinsungszinsen einen Betriebsertrag von 51 355 Mk. gemacht (i. V. 42 132 Mk.). — Die Altenburger Gewerkschaften haben sich jetzt ihre Überzinsfälle noch nicht befriedigt, doch werden auch sie nicht schlecht abgezinst.

Es wäre deshalb an der Zeit, auch an Lohnzulagen zu denken, denn die Lebensmittelerhöhung bringt es mit sich, daß der Arbeiter arbeitende Braunkohlenbergmann mit dem Lohne, der heute verdient wird, sein Auskommen nicht mehr finden kann. Der Durchschnittslohn im Haller Braunkohlenbergbau stand im 2. Viertel 1915 auf 3,94 Mk. Wohl wurden auf einigen Werken noch einige Pfenninge während dieser Zeit zugelegt, doch muß es offen heraus gesagt werden, daß heute Löhne, die sich unter 6 Mark bewegen, nicht zum Lebensunterhalt einer Arbeiterfamilie ausreichen. Die Herren sollten also, wo die Braunkohlenförderung und Verarbeitung zu Bräun und Raffpreisen nichts zu wünschen übrig läßt, auch daran denken, den Arbeitern endlich eine angemessene Lohnzulage zukommen zu lassen.

Bericht der Hauptkasse des Verbandes. Geschäftsjahr 1915.

(Vom 1. Februar 1915 bis 31. Januar 1916.)

Einnahme.	
An Bestand am 1. Februar 1915	25 858,88 Mk.
„ Beiträgen	985 817,85 „
„ Eintrittsgeldern à 50 Pf.	8 269,80 „
„ Privatabonnenten à 50 Pf.	23 188,78 „
„ Lokalbeiträge	4 001,59 „
„ Extramarcken	1 897,87 „
„ Franz. und Duplikatmarcken	80,16 „
„ Mitgliedschaft von Vorständen	4 038,55 „
„ Sekretariatsbeiträge v. anderen Gewerkschaften	1 400,61 „
„ Zinsen	184 884,09 „
„ Diverse	15 807,08 „
Summa	1 100 727,86 Mk.

Ausgabe.	
Ver Ortvergütungen	144 800,92 Mk.
„ Bezirksvergütungen	17 828,28 „
„ Allgemeine Agitation und Bezirkskosten	85 200,88 „
„ Sitzungen, Konferenzen und Revisionen	7 848,85 „
„ Unterstufungen in Sterbefällen	58 889,75 „
„ Unterstufungen für Gemahlsfälle	603,95 „
„ Unterstufungen für Arbeitslose	5 290,48 „
„ Unterstufungen für Kranke	174 084,80 „
„ Gerichts- und Anwaltskosten	2 927,42 „
„ Rechtschutz für eigene Sekretariate	45 441,83 „
„ Rechtschutz für andere Sekretariate	15 207,55 „
„ Drucksachen und Buchbinderarbeiten	7 810,88 „
„ Verbandsorgan	60 854,64 „
„ Generalkommissionen	9 727,88 „
„ Verwaltungskosten, persönliche	86 048,13 „
„ Verwaltungskosten, sächliche	14 072,12 „
„ Bildungsbedürfnisse	5 250,26 „
„ Verpflegungsbeträge	17 477,58 „
„ Banken und Sparkassen	240 024,72 „
„ Kriegsunterstützung	178 258,74 „
„ Diverse	50 000,— „
„ Kassenbestand am 31. Januar 1916	15 645,88 „
Summa	1 100 727,36 Mk.

Außer den vorstehend angeführten Einnahmen und Ausgaben sind in den Kassenstellen noch eingenommen und ausgegeben:

Einnahme.	
An Lokalbeiträgen	52 288,22 Mk.
„ Franzmarcken	476,65 „
„ Sammelgeldern	1 513,13 „
„ Sonstiges	2 869,82 „
Summa	57 246,82 Mk.

Ausgabe.	
Per Agitation	4 163,94 Mk.
„ Unterstufung	6 591,07 „
„ Bildungsbedürfnisse	2 471,93 „
„ Kränze bei Beerdigungen	2 754,68 „
„ Sonstiges	10 078,48 „
Summa	26 069,10 Mk.

Vermögensübersicht.	
Danken, Sparkassen und Darlehen	2 144 422,56 Mk.
Effekten	1 238 000,— „
Kassenbestand vom 31. Januar 1916	15 645,83 „
Summa	3 443 068,39 Mk.

Außerdem befinden sich in den Bezirkskassen und Ortskassen Bestände in Höhe von 60 080,75 Mk.

Das Gesamtvermögen beträgt 3 503 754,84 Mk.

Karl Stühmeier, Hauptkassierer.
Vorstehende Abrechnung wurde mit den Belegten, Nachrechnungen und der Kasse in Uebereinstimmung befunden.

Bonn, den 16. Februar 1916.
Für den Vorstand: Friedr. Walbheider. Für die Kontrolle: G. Munsbach.

Erläuterungen zum vorstehenden Kassenbericht.

Wenn in das Berichtsjahr 1914 nur 6 Monate Kriegszeit fielen, so steht doch das vorstehende Berichtsjahr ganz im Zeichen des Krieges und entschuldigend daher auch die geringere Einnahme an Beiträgen. Die Einnahme an Eintrittsgeldern beträgt gut ein Drittel der des Vorjahres und steht in gar keinem Zusammenhang mit der Höhe der Mitgliederzahl. Wenn auch anerkannt werden muß, daß während des Krieges das Werben neuer Mitglieder schwerer ist, so haben doch einige Bezirke den Beweis erbracht, daß mehr zu leisten war wie in manchen Bezirken geleistet worden ist. Die einzige Einnahme, die eine Steigerung erfahren hat, ist die für Zinsen. Sie ist um 1233,65 Mk. gestiegen. Die Einnahme unter „Diverse“ steht sich wie im Vorjahre aus Sammelgeldern, Ortskassenbeständen und Beiträgen der Knappschaftsvereine für Kriegsunterstützung usw. zusammen.

So wie die Einnahmen, haben auch die Ausgaben im Berichtsjahre nachgelassen. Wenn auch für eingezogene Angehörige im Kriegsdienst die Ausgaben erspart blieben, so mußte andererseits doch der notwendige Ersatz dafür entlohnt werden. Die wirklichen Gesamtausgaben sind um 993 148,79 Mk. niedriger als im Vorjahre. Die Gesamtunterstützungen sind von 463 865,99 Mk. im Jahre 1914 auf 237 718,83 Mk. im Jahre 1915 zurückgegangen, haben sich demnach um 226 247,06 Mk. vermindert. Dagegen haben sich die Ausgaben für Sterbefälle, trotzdem wir nur noch über die Hälfte der früheren Mitgliederzahl verfügen, ziemlich gehalten. Der hierfür ausgegebene Betrag ist um 7636 Mk. geringer als im Berichtsjahr vorher. Von den gezahlten Versicherungsbeiträgen ist — wie immer — ein beträchtlicher Posten wieder eingegangen. Die in der Aufstellung aufgeführten 50 000 Mk. „Diverse“ sind eine Ausgabe für Inventar und Bibliothek, die von der Firma S. Hansmann & Co. angeschafft und jetzt von uns zurückgekauft ist. Der Vermögensstand ist von 3 158 161,31 Mark auf 3 443 068,39 Mk. gestiegen und hat sich um 286 906,58 Mk. vermehrt. In dieser Steigerung sind nicht eingerechnet die Bestände in den Kassenstellen und Bezirken.

Bericht der Firma S. Hansmann & Co. Geschäftsjahr 1915.

Bilanz am 31. Dezember 1915.

Aktiva.	
An Kassenbestand	1 892,15 Mk.
„ Banken	90,20 „
„ Debitoren	4 988,23 „
„ Inventar	3 200,— „
„ Maschinen und Werkzeuge	38 375,— „
„ Schriften und Material	6 810,— „
„ Waren und Rohmaterial	22 635,78 „
„ Grundstüd	366 000,— „
„ Amortisation	2 680,78 „
Summa	441 132,14 Mk.

Passiva.	
Per Hypotheken und Darlehen	441 000,— Mk.
„ Kontokorrent	105,85 „
„ Saldo	26,79 „
Summa	441 132,14 Mk.

Verlust- und Gewinn-Konto am 31. Dezember 1915.

Debit.	
An Lohn *)	5 982,87 Mk.
„ Personalversicherung	1 204,78 „
„ Fabrikationsunkosten	1 187,12 „
„ Telefon und Porto	224,12 „
„ Fracht und Kollgeß	217,85 „
„ Heizung und Beleuchtung	2 019,60 „
„ Reparatur- und sonstige Unkosten	3 180,83 „
„ Steuern und Abgaben	419,78 „
„ Grundstückertrag	3 078,85 „
„ Zinsen	2 048,— „
Abgrenzungen:	
An Inventar	402,00 Mk.
„ Maschinen und Werkzeuge	8 725,— „
„ Metall und Schriften	920,85 „
„ Saldo	26,79 „
Summa	24 058,84 Mk.

Credit.	
Per Saldo-Vortrag	825,81 Mk.
„ Zetzungen	17 451,04 „
„ Drucksachen	4 062,76 „
„ Buchbinderarbeiten	1 986,25 „
„ Buchführung	282,88 „
„ Diätont	302,60 „
„ Emballagen und Material	178,81 „
„ Inzerate	85,45 „
„ Amortisation und Zinsen	188,98 „
Summa	24 058,84 Mk.

Grundstückertrags-Konto.

Debit.	
An Saldo-Vortrag (rückständige Miete)	103,— Mk.
„ Schreinerarbeiten	72,05 „
„ Klempnerarbeiten	212,45 „
„ Schlosserarbeiten	88,90 „
„ Maurer- und Kanalarbeiten	570,58 „
„ Malerarbeiten	148,87 „
„ Dachdeckerarbeiten	45,85 „
„ Heizung und Heizung	619,53 „
„ Wassergeld	588,20 „
„ Schornsteinfegergebühren	70,05 „
„ Steuern und Abgaben	992,73 „
„ Zinsen	14 620,30 „
„ Feuerversicherung	18,40 „
„ Kleinere Ausgaben	88,80 „
„ Abschreibung	1 415,52 „
Summa	10 009,65 Mk.

Credit.	
Per Einnahme an Mietzins und Lichtgeld	18 608,95 Mk.
„ Prämienrückzahlung	86,20 „
„ Rückständige Miete	138,25 „
„ Zuschuß der Firma	3 073,55 „
Summa	10 009,65 Mk.

Der mit der städtischen Kriegsfürsorge zu Bochum vereinbarte Mietzins für unsere im Felde stehenden Miete betrug im Jahre 1915: 608,30 Mk.

Bochum, den 31. Dezember 1915.
Der Geschäftsführer: Der Kontrolleur: Der Kontrollausführer:
Gustav Schreier. Friedr. Walbheider. J. A. Heintz. Munsbach.

*) Der Lohn für das technische Personal ist im Zeitungs-, Druck- und Buchbinder-Konto belastet.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 10. Woche (vom 27. Februar bis 4. März 1916) fällig. Wir bitten unsere Kameraden, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Bekanntmachung.

In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß Angehörige oder Beauftragte für ein verstorbene Mitglied oder für die verstorbene Frau eines Mitgliedes Sterbegeld abheben wollten, ohne uns eine amtliche Sterbeurkunde vorzulegen. Wir haben in allen solchen Fällen die Abheber ohne Geld abweisen müssen. Daß solche Vorkommnisse nicht nur für die Abheber, sondern auch für uns unangenehm sind, versteht sich von selbst. Um die in Betracht kommenden Kameraden vor unnützen Wegen und Arbeiten zu schützen, bringen wir folgendes zum wiederholten Male den Kameraden zur Kenntnis:

Bei Abhebung von Sterbegeldern sind folgende Unterlagen unbedingt erforderlich:

1. Mitgliedsbuch,
2. Todesbescheinigung, ausgestellt von der Ortsverwaltung,
3. eine amtliche Sterbeurkunde.

Die Hauptkasse.

Rechtschutz betreffend.

Hattingen. Rechtschutz wird jeden Samstag von 4 bis 7 Uhr, im Lokal des Wirts Heinrich Kellermann, Bahnhofstraße 67, erteilt. (Die diesbezügliche Mitteilung in Nr. 9 der „Bergarb.-Ztg.“ beruht auf einem Irrtum.)
Widau. Die Rechtschuherteilung erfolgt jede Woche Montags und Dienstags auf dem Bezirksbureau, Richardstraße 15.

Bücherrevisionen.

In folgenden Kassenstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben:

Hillen. Vom 1. bis 15. März.
Brambauer I. Am 5. März.
Ranstrop-Schmitt. Im März.
Oberhausen I. Vom 15. bis 30. März.
Selbert. Vom 12. bis 15. März.

Krankenunterstützungs-Auszahlung.

Unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches und des Krankenscheines kann in folgenden Kassenstellen das Krankengeld erhoben werden:
Obermargloh. Krankengeld wird jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr, in der Wohnung des Kameraden Paul Scholz, Goethestr. 99, ausgezahlt.

Krankspendemarken.

In folgenden Kassenstellen werden Krankspendemarken à 10 Pf. geklebt:
Nieder-Sprachdöl. In diesem Jahre wird alle drei Monate eine Krankspendemarken geklebt.

Zehnen Volksbank, Neu-Cöln und Lewin.

Samstag, den 5. März 1916, vormittags 11 Uhr, im katholischen Vereinshaus in Vorbe, Riederstraße 10.

gemeinschaftliche Belegschaftsversammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht des Arbeiterausschusses.
2. Lebensmittelerhöhung.
3. Anträge und Wünsche der Belegschaftsmitglieder.

Die Kameraden werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.